

Kieler erinnern an den Todesmarsch 1945



Foto: Axel Heimken / dpa

Angehörige von ehemaligen KZ-Häftlingen erinnern zusammen mit anderen Bürgern an den Todesmarsch von Hamburg nach Kiel im April 1945

200 erst jetzt bekannt gewordene Namen von KZ-Häftlingen verlesen. Landtagspräsident Klaus Schlie warnt vor Rechtspopulisten. Kiel. Bei einem bewegenden Gedenken an den "Todesmarsch" von KZ-Häftlingen im April 1945 sind am Donnerstag in Kiel erstmals 200 Namen verlesen worden. Es habe sich um die erst jetzt bekannten Namen jüdischer Teilnehmer des Marsches von rund 800 Menschen - darunter auch viele Zwangsarbeiter aus Osteuropa und Oppositionelle - gehandelt, sagte der frühere Mitarbeiter der Stadt Neumünster, Heinrich Kautzky (66). Er hat aus persönlichem Interesse die Namen recherchiert. Die Namen der anderen Marschteilnehmer sind noch weitgehend ungeklärt, Kautzky möchte möglichst viele herausfinden. Vor der Erinnerungsfeier auf dem Gelände des früheren "Arbeitserziehungslagers Nordmark" der Nazis empfing Landtagspräsident Klaus Schlie im Landtag mehrere Angehörige von KZ-Häftlingen, die den von Erschießungen der SS begleiteten viertägigen "Todesmarsch" von Hamburg nach Kiel hatten mitmachen müssen. Aus den USA waren vier Angehörige

gekommen, einer aus Schweden und zwei aus Neumünster.

Schlie rief zum Kampf gegen den Rechtspopulismus auf

"Der Marsch war Teil eines unfassbar brutalen und menschenverachtenden Systems, das auch deshalb funktionierte, weil viele Menschen wegsahen", sagte Schlie. Mit Blick auf die Gegenwart solle die Erinnerung an die Geschehnisse immer wieder alle Demokraten in unserer Gesellschaft mahnen, wachsam zu bleiben.

Schlie rief die demokratischen Parteien und Bürger zum Kampf gegen den wachsenden Rechtspopulismus auf. Er warnte davor, dass Rechtspopulisten Angst- und Neidthemen schürten, vermeintliche Sündenbocke ausmachten und die Stärkung des Nationalen als vermeintliche Lösung propagierten.

Schlie appellierte, jeder Demokrat sollte Alltagsrassismus mit Zivilcourage begegnen. Die Lehren der Geschichte dürften nicht vergessen werden.

Zur heutigen Situation in vielen Ländern Europas sagte Schlie: "Die Rechtspopulisten tragen zunehmend ein "Mäntelchen der Bürgerlichkeit" und sind in ihren wahren Absichten kaum erkennbar. Ihre Angst- und Neidthemen sind beliebig austauschbar. Jeder Aspekt, der die Menschen zu verunsichern scheint, wie steigende Kriminalität oder Flüchtlingsströme, wird sofort und willkürlich angeblichen Sündenböcken zugeordnet."

Gleichzeitig werde so getan, als könnte in der Stärkung des Nationalen eine Lösung liegen.

"Tatsächlich haben und wollen die Rechtspopulisten keine demokratischen Lösungen für die gesellschaftlichen Problemfelder", betonte Schlie. "Umso wichtiger ist es, dass die Nationen Europas den Menschen glaubwürdig vermitteln, dass sie diese in ihren Sorgen ernst nehmen." Die Demokraten müssten die Populisten "entlarven, was sie tatsächlich sind: inhaltsleer, diskriminierend, intolerant und damit schädlich für unser friedliches Miteinander".

Auf die Frage, was Bürger gegen fremdenfeindliche Haltungen tun könnten, antwortete Schlie: Jeder Demokrat müsse Entschlossenheit und Zivilcourage

zeigen: "Dieses "sich zu Wort melden" gilt gerade für den Alltagsrassismus. Schlimme Witze, rohe Sprüche und herablassende Bemerkungen über Menschen anderer Kulturkreise müssen wir uns verbitten, um den Rechtspopulisten auch an dieser Stelle den Nährboden zu entziehen. Die Wurzeln für ein gedeihliches Miteinander beginnen zuallererst in den Köpfen"

Hamb. Abendblatt , Region SH